



Albanien

Landesprogramm 2007–2009

**Impressum:**

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvi4@bmaa.gv.at
www.aussenministerium.at/oeza

Das Landesprogramm wurde erstellt von:

- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Wien
- Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit, Tirana
- Austrian Development Agency, Länderdesk Albanien

Redaktionsteam: Ingrid Sager, Christopher Opancar, Hubert Neuwirth

Wien, Februar 2007

Bestellung:

Informationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Austrian Development Agency, Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich
oeza.info@ada.gv.at; www.ada.gv.at

Titelbild: © René Schuh



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Abkürzungsverzeichnis	3
Zusammenfassung.....	4
1. Hintergrund	5
2. Bisherige österreichische Kooperation.....	7
2.1 Österreichische Kooperationsprogramme	7
2.2 Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich	8
3. Herausforderungen und Potenziale.....	9
3.1 Herausforderungen	9
3.2 Potenziale	14
4. Entwicklungsstrategien und Programme anderer Geber.....	16
4.1 Albanische Entwicklungsstrategien.....	16
4.2 Geberkoordinierung und Programme anderer Geber	18
5. OEZA-Programm: Ziele, Schwerpunkte und Strategie.....	19
5.1 Programmatischer Rahmen.....	19
5.2 Oberziel.....	20
5.3 Programmziel.....	20
5.4 Geografischer Schwerpunkt.....	21
5.5 Thematische Schwerpunkte.....	21
5.5.1 Wasser, Abwasser, Umwelt	21
5.5.2 Tourismusrelevante Ausbildung.....	22
5.5.3 Querschnittsthema Good Governance.....	23
5.5.4 Querschnittsthema Gender	23
5.6 Weitere strategische Überlegungen.....	24
5.7 Zusätzliche OEZA-Programme	24
6. Umsetzung.....	26
Annexe	29
Annex 1: Logical Framework	30
Annex 2: Donor Assistance to Albania by Programs	32
Annex 3: Quellenverzeichnis	33



Vorwort

„Die Verwirklichung der EU-Perspektive für die Länder des Balkans ist das Friedensprojekt unserer Generation.“

„The realization of the Balkan countries' EU perspective is the peace project of our generation.“

Ursula Plassnik, Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten
Januar 2006



Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
CAS	Country Assistance Strategy
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECA	Europäische und Zentralasiatische Staaten/ Europe and Central Asia States
EIB	Europäische Investmentbank
EK	Europäische Kommission
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
FDI	Foreign Direct Investment
GDI	Gender & Development Index
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
IPA	Instrument for Pre-Accession Assistance
IDA	International Development Association
IWF	Internationaler Währungsfonds
IPS	Integrated Planning System
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
MDG	Millennium Development Goals
MTEF	Medium Term Expenditure Framework
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NRO	Nichtregierungsorganisation
NSDI	National Strategy for Development and Integration
NSSED	National Strategy for Social and Economic Development
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SOE	Südosteuropa
SWAP	Sector Wide Approach

Zusammenfassung

Albanien hat im Rahmen seines umfassenden Transformationsprozesses in Richtung soziale und nachhaltige Marktwirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und seines erklärten Ziels einer vollen Integration in die EU-Strukturen in den vergangenen 15 Jahren trotz einiger Rückschläge große Fortschritte erzielt. Die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU im Juni 2006 stellt dabei einen wichtigen Meilenstein dar.

Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 5,7 Prozent ist Albanien das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in der Region. Aufgrund der noch bestehenden Defizite, insbesondere schwacher Verwaltungsstrukturen, Korruption, unzureichender Infrastruktur und ungelöster Grund- und Eigentumsfragen, rangiert Albanien im regionalen Vergleich in Bezug auf Foreign Direct Investment, Privatinvestitionen und Export allerdings weiterhin an letzter Stelle. Während in der Anpassung des albanischen Rechtsbestands an europäische Standards und Normen in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielt wurden, geht deren Umsetzung oft nur schleppend voran.

Es gilt, Albanien bei der Nutzung seiner Entwicklungspotenziale weiterhin tatkräftig zu unterstützen. Albanien verfügt über ungenutzte natürliche Ressourcen wie Wasserkraft sowie über viel Potenzial in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus. Albanien's geografische Lage begünstigt das Land als potenzielle Drehscheibe für Handelsbeziehungen im Balkan- und Mittelmeerraum. Jahrhunderte lang gelebte religiöse Toleranz macht Albanien zu einem Vorbild, von dem viele andere Länder lernen können.

Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) wird in den kommenden Jahren die Förderung der touristischen Entwicklung Albanien in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. In Albanien steht die Entwicklung des Tourismus erst am Anfang. Die große Chance, aber auch Herausforderung besteht darin, dabei das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem des Umweltschutzes zu verbinden. Das österreichische Programmziel wird mittels Maßnahmen in den beiden Teilbereichen „Wasser, Abwasser, Umwelt“ und „Tourismusbildung“ umgesetzt werden. Good Governance und Gender werden als Querschnittsthemen im Programm verankert. Geografisch wird die OEZA ihren bisherigen Schwerpunkt auf Nordalbanien fortsetzen.

Weitere wichtige strategische Zielrichtungen des OEZA-Programms Albanien 2007–2009 sind die Unterstützung Albanien bei der Einführung europäischer Standards und der Einbindung in europäische Strategien, die Stärkung der regionalen Kooperation, die Förderung der religiösen Toleranz und des Dialogs und die Ausrichtung des gesamten Programms an den Prinzipien von Harmonisierung und Anpassung: Unterstützung der Entwicklungsstrategien Albanien, Stärkung der institutionellen Kapazitäten, Teilnahme am Politikdialog und enge Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft.

1. Hintergrund

Geschichte

In der Antike war der westliche Balkan und damit auch das Territorium des heutigen Albaniens von illyrischen Stämmen besiedelt, auf welche die Albaner¹ ihre Abstammung zurückführen.

Griechische Kolonien am Beginn des Mittelalters, der Einfluss des byzantinischen Reiches, die Einwanderung slawischer Stämme aus dem Norden während der Völkerwanderung sowie mehrere Kriegszüge süditalienischer Normannenheere charakterisieren die Zeit vor der Eroberung Albaniens durch die Osmanen. Fürst Skanderbeg, der noch heute als größter Nationalheld Albaniens verehrt wird, einte Mitte des 15. Jahrhunderts die Albaner zu einem kurzfristig erfolgreichen Abwehrkampf gegen die Osmanen.

Erst nach dem ersten Balkankrieg im Jahr 1912 erlangte Albanien zum ersten Mal seine Souveränität. Österreich-Ungarn war in dieser Phase einer der gewichtigsten Fürsprecher für die albanische Unabhängigkeit. Die Grenzen des jungen Staates wurden von den europäischen Großmächten auf der Londoner Botschafterkonferenz 1913 festgelegt.

Die staatliche Unabhängigkeit Albaniens wurde durch den Einmarsch österreichisch-ungarischer und in Folge italienischer, französischer und griechischer Truppen während des ersten Weltkriegs rasch beendet und erst 1920 restauriert.

Die Zwischenkriegsjahre verliefen chaotisch. Der nordalbanische Stammesführer Ahmed Zogu setzte sich schließlich durch und ließ sich 1928 zum König krönen, jedoch geriet er zunehmend in die Abhängigkeit des faschistischen Italiens, das mit der Okkupation 1939 seine Herrschaft beendete.

Der Widerstand gegen die italienische (seit 1943 deutsche) Besatzung des Landes erfolgte durch miteinander rivalisierende Interessensgruppen. 1944 kam es zur Machtergreifung der Kommunistischen Partei unter Enver Hoxha, die eine stalinistische Einparteienherrschaft etablierte. Nach der Einstellung der Hilfslieferungen zunächst von der Sowjetunion (bis 1966) und später von der Volksrepublik China (bis 1978) war Albaniens Wirtschaft am Rande des Ruins.

Trotz einiger durchaus positiver Reformen (Schulbildung, Gesundheit, Emanzipation der Frau) wurde das Ende der Diktatur 1990/91 von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Der endgültige Zusammenbruch der Wirtschaft und die damit verbundenen Probleme sowie unzureichend umgesetzte Reformen gefährdeten jedoch die Stabilität des Landes weiter. Der Zusammenbruch des „Pyramidenspiels“, ein Spekulationssystem, das in kürzester Zeit horrenden Gewinne versprach und eine Art Massenhysterie im Land ausgelöst hatte, stürzte das Land kurzfristig in Chaos und Anarchie. Im März 1997 herrschten

Zahlen und Fakten

Einwohner: 3,2 Millionen
(Stand: Februar 2005);

Minderheiten:

Griechen (160.000), Mazedonier, Montenegriner, Roma und Aromunen (Vlachen)

Fläche: 28.748 km²

Hauptstadt: Tirana

Offizielle Sprache:

Albanisch, Griechisch (im Süden des Landes)

Religion: Muslimisch, Katholisch, Griechisch-orthodox, Bektaschi

Aktuelle Wirtschaftsdaten (2005)

(Zahlen in Euro; tw. vorläufige Angaben)

BIP: 6.738 Mio.

BIP pro Kopf: 2.140

Wirtschaftswachstum: 5,5 %

Arbeitslosigkeit: 14,5 %

Inflationsrate: 2,5 %

Budgetdefizit: -5,9 % BIP

Leistungsbilanzdefizit: -350 Mio.

Durchschnittseinkommen pro Monat: 217

Demografische Daten

Bevölkerung:

48,9 % sind weiblich; Bevölkerungsrückgang in den letzten 10 Jahren mit wachsendem Anteil an Frauen an der verbleibenden Bevölkerung

HDI-Human Development Index:

0.780 (2003)

Gini-Index*): 28, 2

GDI-Gender & Development Index:

0.771 (2005)

Alfabetenrate:

männlich 99,2 %, weiblich 98,3 %

Fruchtbarkeitsrate: 2,3

*) Der Gini-Index misst Einkommensungleichheiten in einer Gesellschaft.

¹ Unter der Bezeichnung „Albaner“ verstehen wir selbstverständlich sowohl die weiblichen als auch männlichen Bevölkerungsteile Albaniens.

bürgerkriegsähnliche Zustände. Erst eine OSZE-Mission konnte den Frieden wiederherstellen und die Wahlen im Juni 1997 begleiten, welche von der Links-Koalition gewonnen wurden. Die Wahlen im Juli 2005 brachten einen politischen Wechsel hin zu einer breiten Mitte-Rechts-Koalition.

Kultur und Bevölkerung

Die Albaner (Selbstbezeichnung „Shqiptarë“) sind ein indogermanisches Volk. Rund 95 Prozent der Bevölkerung sind Albaner. Im Süden des Landes lebt eine größere griechische Minderheit, kleinere Gruppen sind slawische Mazedonier und Vlachen (Aromunen).

Die Albaner gliedern sich in die zwei großen Gruppen Gegen und Tosken, die sich nicht nur sprachlich, sondern auch kulturell unterscheiden. Während die Tosken in der Südhälfte des Landes viel stärker von der orientalisches-städtischen Kultur des Osmanischen Reiches beeinflusst wurden, konnte sich im gegischen Norden die typisch balkanische Familienstruktur länger halten und ist bis heute stark auf Großfamilien- und Stammesstrukturen aufgebaut. Wenn auch in kommunistischer Zeit ein Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozess einsetzte, so wohnte doch die große Mehrheit der Albaner vor 1990 noch auf dem Land.

Die Zeit nach der Wende von 1990 brachte große demografische Verschiebungen. Zum einen emigrierten Hunderttausende Albaner (etwa 800.000), zum anderen verzeichneten die Städte enormen Zuwachs aus der Binnenwanderung.

Hatten die Albaner vor 1990 noch die höchste Geburtenrate Europas (Verhütungsmittel waren verboten), so ist sie jetzt auf den europäischen Durchschnitt von etwas weniger als zwei Kindern pro Frau gesunken.

Die Kommunisten hatten von 1968 bis 1990 Albanien zum atheistischen Staat erklärt. Die meisten Albaner fühlen sich heute als Muslime (Sunniten, auch Anhänger des Bektaschi-Ordens), Orthodoxe oder Katholiken. Ein kleiner Teil bezeichnet sich als Atheist oder gehört anderen Religionen – insbesondere christlichen Freikirchen – an.

Staats- und Regierungsform

Der albanische Staat ist eine parlamentarische Republik mit einer zentralen Regierung und lokalen Regierungsstrukturen. Gesetzgeber ist die Versammlung der Republik Albanien, dessen Abgeordnete alle vier Jahre gewählt werden. Dabei werden 100 Wahlkreismandate per Mehrheitswahl vergeben, die restlichen 40 Mandate entfallen nach dem Proportionalwahlverfahren auf von den Parteien aufgestellte Listen.

Staatspräsident Albanien ist der vom Parlament auf fünf Jahre gewählte Präsident. Die dem Parlament verantwortliche Regierung wird vom Ministerpräsidenten geführt. Dieser ernennt die Minister, die vom Präsidenten bestätigt werden müssen. Im Anschluss hat sich die Regierung der Vertrauensabstimmung im Parlament zu stellen. Albanien hat vor einigen Jahren ein Verfassungsgericht nach deutschem Muster eingerichtet, das sich in den politischen Krisen der jüngsten Zeit als stabilisierender Faktor erwiesen hat.

Die derzeit gültige Verfassung wurde am 28. November 1998 durch eine Volksabstimmung angenommen.

Bei den Parlamentswahlen im Juli 2005 gewann die oppositionelle Demokratische Partei von Ex-Präsident Sali Berisha. Eine Koalition der Demokratischen Partei mit der Republikanischen Partei, der Neuen Demokratischen Partei, der Agrar- und Umweltpartei, der Partei für Menschenrechte und der Christdemokratischen Partei

bilden seitdem die Mehrheit im Parlament. Die aus 14 Ministern bestehende Regierung führt Premierminister Berisha an. Präsident der Republik Albanien ist der unabhängige Alfred Moisiu.

Albanien ist in 12 Präfekturen gegliedert, die auch den 12 Regionen bzw. „Kreisen“ entsprechen. Durch alle drei Jahre stattfindende Kommunalwahlen werden die Bürgermeister und Ratsmitglieder der 374 Kommunaleinheiten (65 Städte und 309 Kommunen) gewählt. Die Regional- oder Kreisräte werden durch Kommunalvertreter bestellt, die Regierung ernennt hingegen die Präfekten.

Die Rechte und Aufgaben der Gemeinden sind in der Verfassung bzw. auf Gesetzesebene geregelt. Während die Gemeinden ausschließliche Zuständigkeit für Infrastruktur und die Erbringung von Dienstleistungen für die Bürger im Kontext der lokalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und für zivile Sicherheit haben, teilen sie sich die Zuständigkeit mit der Zentralregierung in den Bereichen vorschulische und schulische Bildung, primärer Gesundheitssektor, soziale Dienstleistungen, Armutsminderung, öffentliche Ordnung und Zivilschutz sowie Umweltschutz.

Die Kreise üben eine führende Rolle bei der Entwicklung und Implementierung regionaler Politiken sowie bei der Koordinierung von nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien aus.

2. Bisherige österreichische Kooperation

2.1 Österreichische Kooperationsprogramme

Die Österreichische Ostzusammenarbeit mit Albanien besteht seit 1991. In den Jahren 1991–1995 lag der Fokus vor allem auf humanitärer Hilfe. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und der daraus resultierenden sozialen Krise mussten in kurzer Zeit Maßnahmen zur Stabilisierung des Landes gesetzt werden. Die OEZA trug durch den Aufbau von Basisinfrastruktur und die Bereitstellung eines Mindestmaßes an öffentlichen Dienstleistungen zum Hintanhalten des drohenden Exodus der Bevölkerung bei.

Nach Einrichtung eines Koordinationsbüros der OEZA an der Österreichischen Botschaft Tirana im Jahr 1995 war ein weiterer Schritt zu einer strukturierten und langfristigen technischen Zusammenarbeit gegeben. Die Konsolidierung und kontinuierliche Stärkung der Staatsstrukturen nach der Krise 1996/1997 sowie eine neue Verfassung schafften die Grundlagen für die Entwicklung und Umsetzung von Programmen gemeinsam mit Regierungsstellen.

Der Norden Albaniens, die am wenigsten entwickelte Region des Landes, war seit Beginn das Zentrum der Aktivitäten der OEZA und anderer österreichischer Akteure, um zur Reduzierung des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles beizutragen. War 1995 Österreich noch der einzige Geber in Nordalbanien, folgten vor allem in den letzten Jahren zahlreiche weitere Organisationen.

Durch die Bereitstellung von Basisinfrastruktur förderte die OEZA die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes und der Gesellschaft – der Zugang zu Wasser und Energie ist als notwendige Grundbedingung für jede wirtschaftliche Aktivität anzusehen. Die Unterstützung der Berufsbildung verbesserte die Perspektiven der Jugendlichen, die Ausbildung von PolitikerInnen in Fragen des Gender Mainstreamings brachte die Frage der Stellung der Frau stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Bis Ende 2005 stellte das Bundesministerium für

auswärtige Angelegenheiten Mittel in der Höhe von 24 Millionen Euro für Projekte in Albanien zur Verfügung.

Die 2005 durchgeführte umfassende Evaluierung von 12 Jahren OEZA in Albanien stellte der OEZA ein gutes Zeugnis aus. Die Entwicklung des Programms wurde laufend an die sozio-ökonomischen und politischen Herausforderungen angepasst; die Zielerreichung war im Durchschnitt sehr hoch. Empfohlen wurden ein klarer Programmansatz, eine weitere Konzentration sowie eine stärkere Verbindung von Aktivitäten auf Mikro-, Meso- und Makroebene. Diesen Empfehlungen wird mit dem vorliegenden Programm Rechnung getragen.

Zusätzlich zum Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten haben auch zahlreiche andere österreichische Akteure beträchtliche Ressourcen für Projekte in Albanien aufgebracht, so etwa das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und das Bundesministerium für Finanzen. Das österreichische Justizministerium unterstützt Albanien gegenwärtig im Rahmen des EU-Projekts EURALIUS (*European Assistance Mission to the Albanian Justice System*) bei der Reform des albanischen Justizwesens.

Darüber hinaus entstanden zwischen einzelnen albanischen und österreichischen Gemeinden und Universitäten sehr fruchtbare Kooperationen. Zahlreiche Projekte albanischer und österreichischer NRO, die auch durch die OEZA unterstützt wurden, trugen in den letzten Jahren außerdem wesentlich zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei.

Weitere Unterstützung erhielt Albanien durch den Beitrag Österreichs bei den Vereinten Nationen, OSZE Missionen, Wahlbeobachtungen usw. So etwa leisteten Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky als Sonderbeauftragter der OSZE für die Koordinierung der Hilfslieferungen nach der Krise 1996/97 und Botschafter Herbert Grubmayr als EU-Sondergesandter 1998 einen wertvollen Beitrag zur Wiederherstellung der staatlichen Stabilität Albanien.

2.2 Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Albanien und Österreich bauen auf jahrzehntelangen guten Beziehungen auf. Durch das stetige Ansteigen sowohl der Exporte als auch Importe in den letzten drei Jahren erreichte der Handel 2005 seinen Höhepunkt und gipfelte im bisher höchsten Handelsvolumen von rund 40 Millionen Euro. Die wichtigsten Handelspartner Albanien sind weiterhin Italien und Griechenland.

Österreichische Exporte stiegen von 2004 auf 2005 um 64 Prozent. Österreich liefert vor allem Maschinenbauerzeugnissen inklusive Straßenfahrzeugen, gefolgt von Getränken und Tabak, chemischen Erzeugnissen (insbesondere medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse), Nahrungsmitteln und lebenden Tieren sowie bearbeiteten Waren. Die albanischen Exporte nach Österreich stiegen in den vergangenen Jahren zwar an, das Gesamtvolumen betrug 2005 dennoch bloß bescheidene 3,8 Millionen Euro. Albanien exportiert Textilien, Bekleidung, Schuhe, Waren aus mineralischen Stoffen, Stahl und pflanzliche Erzeugnisse, wie Kräuter, Heilpflanzen und ätherische Öle.

Mit der Übernahme der größten Bank Albanien (der *National Savings Bank*) durch die Raiffeisen Zentralbank Österreich im April 2004 stieg Österreich zum drittgrößten Investor in Albanien auf. Weitere österreichische Investoren sind Rognier, OMV und STRABAG.

3. Herausforderungen und Potenziale

3.1 Herausforderungen

Soziale Situation – Armut

Albanien ist eines der ärmsten Länder Europas. Mit einem BIP von 2.046 Euro pro Kopf lag Albanien auch 2004 im europäischen Vergleich wieder an einer der letzten Stellen. Ein Viertel der Einwohner, rund 800.000 Personen, lebt mit weniger als 2 USD pro Tag in Armut, rund 5 Prozent mit nur 1 USD pro Tag in extremer Armut.

Armut ist in Albanien ein Phänomen des ländlichen Raums. Zwei Drittel der armen Bevölkerung leben auf dem Land. Die Armutsrate sinkt in den Städten stärker als am Land (-18,9 Prozent gegenüber -5,8 Prozent). Besonders armutsgefährdet sind schlecht ausgebildete und ältere Personen sowie junge und kinderreiche Familien. Ein Drittel der Kinder leben in Albanien unter der Armutsgrenze. Der größte Teil der armen Bevölkerung lebt im Norden und Nordosten des Landes, wo fast jeder Zweite unter der Armutsgrenze lebt und mehr als ein Fünftel davon in extremer Armut. Die Hauptursachen für Armut sind Arbeitslosigkeit und ein niedriger Bildungsstand.

Trotz des niedrigen Einkommens und der relativ hohen Armutsrate hat Albanien relativ gute Basisbildungs- und Gesundheitsindikatoren. Fast 99 Prozent der erwachsenen Bevölkerung können lesen und schreiben. Die Säuglingssterblichkeit liegt bei 18 pro 1.000 Geburten ist damit niedriger als in anderen ECA Ländern (31 pro 1.000). Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 73,6 Jahre. Gemäß dem UNDP *Human Development Report 2005* lag Albanien 2003 mit einem HDI von 0,780 international im Mittelfeld, an 72. Stelle von 177 Ländern, im regionalen Vergleich liegt Albanien jedoch noch immer deutlich hinter seinen Nachbarländern zurück.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Regierungsführung und Menschenrechte

Korruption, schwacher Gesetzesvollzug und unzureichende Effektivität der Verwaltung sind allgegenwärtig. Die Formulierung eines eigenen zusätzlichen MDG für Albanien – *Good Governance* – demonstriert die Brisanz der Problematik. Diese Defizite überdecken nach wie vor Albanien's Fortschritte in den vergangenen Jahren bei der Stärkung demokratischer Institutionen und der öffentlichen Verwaltung.

So erzielte Albanien zwar jüngst erhebliche Fortschritte bei der Angleichung an europäische Normen, insbesondere bei der Verabschiedung neuer Gesetze und Schaffung neuer Institutionen. Um die Kriterien für einen EU Beitritt zu erfüllen, muss Albanien jedoch noch erhebliche Anstrengungen unternehmen. Im jüngsten Fortschrittsbericht zum SAP hat die Europäische Kommission deutlich die Mängel bei der Reform des Justizwesens, die schleppende Umsetzung von Gesetzen sowie mangelndes Engagement beim Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität angesprochen.

Korruption wirkt sich besonders negativ auf Wirtschaftswachstum, ausländische Direktinvestitionen und Zugang und Qualität öffentlicher Dienstleistungen aus. Studien zufolge ist Korruption in Institutionen wie den Zollbehörden, Gerichten und Spitälern am meisten verbreitet. Gemäß dem internationalen Transparency Index (*Corruption Perceptions Index* von *Transparency International*) – Albanien rangiert an 126. Stelle – liegt Albanien diesbezüglich im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten

noch spürbar zurück. Albanien ist außerdem Ausgangs- und Durchzugsland für Menschenhandel sowie Umschlagplatz für Waffen und Drogen.

Der laufende Dezentralisierungsprozess soll Verbesserungen in Bezug auf die Transparenz in der Verwaltung, die Beschleunigung der Prozeduren sowie Effizienz- und Qualitätssteigerungen bei öffentlichen Dienstleistungen bringen.

Obwohl die Parlamentswahlen im Juli 2005 zufriedenstellend verliefen, sind weitere Reformen des Wahlsystems erforderlich. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist in Albanien zwar verfassungsmäßig festgeschrieben, in der Umsetzung gibt es jedoch noch Defizite. Einschüchterungen und Verfolgungen von Journalisten sind üblich. Die Förderung der Presse- und Meinungsfreiheit durch den Erlass neuer, internationalen Standards entsprechender Gesetze über Verleumdung, Medieneigentum und Pressefreiheit, ist notwendig. Albanien verfügt über eine große Zahl von Tageszeitungen und Radio- und TV-Stationen; jedoch kann keiner dieser Medien eine vollständige finanzielle und politische Unabhängigkeit zuerkannt werden.

Albanien hat die wichtigsten Konventionen über Menschenrechte ratifiziert. Deren Umsetzung sowie der Schutz der Minderheiten in der Praxis muss jedoch noch verbessert werden. So hat Albanien einen staatlichen Sonderausschuss für Minderheiten eingerichtet und eine nationale Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma verabschiedet. De facto ist ihnen jedoch sehr oft noch der Zugang zu Basisinfrastruktur (Wasser, Strom, Wohnung), zum Arbeitsmarkt und zu Schulbildung und Gesundheitsvorsorgung verwehrt.

Wirtschaftliche Situation, Investitionsklima

Albanien hat in den letzten 15 Jahren einen durchaus beeindruckenden wirtschaftlichen Aufschwung erfahren und ist das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum in der Region. Ausgehend von sehr niedrigen Werten verzeichnete die albanische Wirtschaft seit Beginn des Transformationsprozess von einer zentral gesteuerten zu einer marktorientierten Wirtschaft im Jahr 1992 ein durchschnittliches Wachstum von 5,7 Prozent. Der Zusammenbruch der Finanzspekulationen im Jahr 1997 sowie ein konjunkturell bedingter Einbruch im Jahr 2002 unterbrachen diese positive Entwicklung nur kurz. 2005 betrug das Wirtschaftswachstum von 5,5 Prozent. Derzeit produziert der Privatsektor zirka drei Viertel des BIP.

Das pro Kopf BIP verdoppelte sich seit der Wende und lag 2005 bei 2.140 Euro. Das durchschnittliche pro Kopf Einkommen in Albanien betrug 1992 geschätzte USD 300. Es lag damals wie heute im regionalen Vergleich deutlich unter den Einkommen der Nachbarstaaten. 2005 verdienten die Albaner im Durchschnitt 2.500 Euro pro Kopf und Jahr.

Der stark gestiegene Konsum von ausländischen Waren nach der Wende führte zu einem Ansteigen des Handelsdefizits. Derzeit übersteigen die Importe die Exporte um das Vierfache. Dies resultierte 2004 in einem Außenhandelsdefizit von -20,8 Prozent bezogen auf das BIP. Die EU ist der wichtigste Handelspartner Albaniens; auf sie entfallen rund 85 Prozent seiner Ausfuhren und 74 Prozent seiner Einfuhren. Innerhalb der EU stellen Italien und Griechenland mit Abstand die wichtigsten Wirtschaftspartner dar, unter den Nachbarstaaten in der Region sind es der Kosovo und Mazedonien.

Albanien verfolgt eine strikte Geld- und Währungspolitik, die Inflation liegt derzeit bei 2 Prozent. Das Haushaltsdefizit sowie die Staatsverschuldung konnten in den letzten Jahren kontinuierlich reduziert werden – von 6,9 Prozent des BIP im Jahr

2001 auf 4,9 Prozent im Jahr 2004 bzw. von 41 Prozent des BIP 2001 auf 37,8 Prozent im Jahr 2004.

Das Wirtschaftswachstum des letzten Jahrzehnts – Motoren der Entwicklung sind vor allem die lokale Bauwirtschaft und der Transport- und Sektorservice – ist hauptsächlich der hohen Inlandsnachfrage zuzuschreiben. Die nachhaltige Sicherstellung des Wachstums und die damit verbundene Erhöhung des Lebensstandards kann jedoch nur durch weitere Produktivitäts- und Exportsteigerungen erzielt werden. Grundvoraussetzung dafür ist die Verbesserung des Investitionsklimas zur Ankurbelung von Investitionen. Hauptprobleme sind überbürokratisierte und schwache Verwaltungsstrukturen, Korruption, unzureichende Infrastruktur, ungelöste Grund- und Eigentumsfragen und fehlender Zugang zu Finanzmitteln. Im regionalen Vergleich rangiert Albanien bei der FDI Quote, Privatinvestitionen und Export weiterhin an letzter Stelle.

Hohe Arbeitslosigkeit, Schattenwirtschaft

Die offizielle Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2005 bei 14 Prozent. Dies spiegelt jedoch die Beschäftigungssituation nur unzureichend wider. Der informelle Sektor ist in Albanien besonders stark ausgeprägt. Dieser beschäftigt einen großen Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung unter oftmals schwierigen und unsicheren Bedingungen und ohne soziale und arbeitsrechtliche Absicherung. Zudem gibt es im landwirtschaftlichen Bereich in erheblichem Maße versteckte Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung. Die beträchtliche Migration innerhalb des Landes der letzten Jahre erhöht den Druck auf dem Arbeitsmarkt besonders in den Ballungszentren. Der Mangel an Arbeitsplätzen ist Ursache zahlreicher sozialer Probleme.

Unzureichende Infrastruktur

Jahre der Vernachlässigung und fahrlässige Zerstörungen während der Krisen führten zu einem Zerbröckeln der Infrastruktur. Mangelnde Wartung und fehlende Investitionen in die Instandhaltung und Modernisierung kennzeichnen die Situation. In vielen Regionen, insbesondere auf dem Land und in den Bergregionen, fehlt es gänzlich an notwendiger Infrastruktur.

Das Elektrizitätssystem war in den letzten Jahren von regelmäßigen Abschaltungen und Ausfällen gekennzeichnet. Der stetig steigende Elektrizitätsbedarf, welcher zur Hälfte auf den Stromkonsum in Haushalten zurückzuführen ist, erfordert einen investitionsintensiven Ausbau der Stromproduktion. Nur etwa die Hälfte aller Albaner hat Zugang zu fließendem Trinkwasser. Die Wasserverluste im Netz liegen bei 60 Prozent. Nur 18 Prozent des produzierten Wassers werden von den Verbrauchern bezahlt. Abwasserentsorgungssysteme für die Behandlung des Industrie- und Brauchwassers existieren praktisch nicht, dies stellt eine große Gefahr für die Qualität des Trinkwassers dar. Das Straßennetz Albaniens, das dichteste aller SOE Staaten, ist nur zu knapp 13 Prozent asphaltiert. Schätzungen zufolge könnte der Straßenverkehr bis 2015 zwischen 170 und 250 Prozent ansteigen. Um dieses Aufkommen zu bewältigen, sind neben der Verbesserung des existierenden Straßennetzes auch Investitionen zur Erweiterung und Instandhaltung bzw. Management desselben erforderlich. Leider steht aufgrund des desolaten Eisenbahnnetzes keine realistische umweltfreundliche Alternative zum Straßenverkehr zur Verfügung. Lediglich der Ausbau der Telekommunikation und die Anbindung an das Internet wurden durch die Mobilfunktechnologie zufriedenstellend bewerkstelligt.

Die Investitionen zur dringenden Modernisierung der Infrastruktur werden in Zukunft höhere öffentliche Aufwendungen erfordern, die mittelfristig nur mit Unterstützung der internationalen Gebergemeinschaft möglich sind.

Demografische Verschiebungen

Bis 1990 lebte die überwiegende Mehrheit der Albaner auf dem Land. In vielen ländlichen Regionen setzte aber sofort nach der Wende eine starke Abwanderung ein, die zu einem großen Bevölkerungsrückgang auf dem Land führte. Seit der Öffnung des Landes im Jahre 1990/91 haben rund 800.000 Albaner ihr Land verlassen. Sie emigrierten legal oder illegal nach Italien, Griechenland sowie nach Nordamerika. Geschätzte 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung – oder ungefähr 40 bis 50 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung – arbeiten derzeit im Ausland und finanzieren durch Transferzahlungen das Leben ihrer in der Heimat verbliebenen Familien.

Nach dem Kollaps des Pyramidenspiels im Jahr 1996 verzeichneten insbesondere die Hauptstadt Tirana, die Hafenstadt Durrës sowie Shkodra enormen Zuwachs. Nach dem Verlust von Grund und Boden sowie Erspartem standen viele Menschen vor dem Nichts. Am Rande der urbanen Zentren entstanden zahlreiche informelle Siedlungen und Slums. Der illegale Status dieser Siedlungen verunmöglicht öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit und Bildung. Die Folge sind hohe Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen und Perspektivlosigkeit.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung hat die Migration zuletzt zwar abgenommen; durch das nach wie vor starke Gefälle zwischen Arm und Reich und die großen Entwicklungsunterschiede zwischen den ländlichen Regionen und urbanen Zentren hält die Landflucht jedoch weiter an.

Unklare Besitzverhältnisse, fehlende Raum- und Stadtplanung

In Albanien existieren derzeit rund 220.000 illegale Bauten. Diese sind das Resultat umfangreicher Enteignungen in der Hoxha Ära, fehlender Grundbücher und des teilweise unregelmäßigen Ablaufs der Restitution in den ersten Jahren nach der Wende. 2004 hat die albanische Regierung eine Initiative zur Legalisierung illegaler Bauten gestartet und damit den Grundstein zur endgültigen Lösung der damit zusammenhängenden Konflikte gelegt. Trotzdem existieren nach wie vor große Schwierigkeiten bei der Registrierung und Durchsetzung von Besitz und Eigentum sowie bei der Restitution und Legalisierung. Die Klärung der Landeigentumsfragen ist für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Entwicklung des Finanzsektors und die Verbesserung des Investitionsklimas, aber auch für die Entwicklung der Landwirtschaft von besonderer Bedeutung.

Die fehlende Raum- und Stadtplanung ist ein wesentliches Hindernis für die nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen Albaniens. Um die rasche Urbanisierung in kontrollierte Bahnen zu lenken, bedarf es dringlich eines landesweiten Raumordnungskonzepts sowie Strategien und Strukturen in den Bereichen Umweltschutz, Abfallmanagement und öffentlicher Verkehr. Zur effizienteren Ressourcenallokation sind gleichzeitig der Aufbau und die Stärkung der Kapazitäten auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene notwendig.

Dezentralisierung

Das Prinzip der Dezentralisierung ist in der albanischen Verfassung in Artikel 108 verankert. Albanien hat im Jahr 1999 die *European Charta for Local Autonomy* ratifiziert und eine nationale Dezentralisierungsstrategie erstellt, auf deren Basis die Kompetenzen der lokalen Regierungsebene in Albanien erweitert werden. Im Zuge des Dezentralisierungsprozess wird den Gemeinden das Eigentum an Wasserversorgungs- und Abwassersystemen sowie Grundschulen übertragen. Die Gemeinden erhalten außerdem umfassende Fiskalrechte.

Der Dezentralisierungsprozess in Albanien steht vor großen Herausforderungen. Die sehr zentralistische und autoritäre Verwaltung Albaniens in den vergangenen Jahrzehnten schloss die Bevölkerung von Entscheidungsfindungsprozessen aus

und nahm ihnen dadurch die Möglichkeit zur Mitbestimmung und Mitgestaltung. Folglich zeigen viele Bürger und Bürgerinnen heute kein Interesse an einer Beteiligung am lokalen Entscheidungsfindungsprozess. In institutioneller Hinsicht fehlt es noch an einem adäquaten Gesetzesrahmen, der das Verhältnis der Gemeinden zur Zentralregierung sowie deren Finanzierung klar regelt. Ein großes Hindernis stellen die geringen Verwaltungskapazitäten in den Gemeinden dar, insbesondere im ländlichen Raum. Daraus resultierende Probleme sind Ineffizienz und teilweise Korruptionsanfälligkeit.

Bildung

Der Bildungsbereich hat unter der Transformation und deren Folgen schwer gelitten. Die 90er-Jahre waren gekennzeichnet durch die landesweite Schließung vieler berufsbildender Schulen sowie die Reduktion der öffentlichen Aufwendungen von 3,7 Prozent (bezogen auf das BIP) im Jahr 1995 auf 2,8 Prozent im Jahr 2004. Damit liegt Albanien deutlich unter dem Schnitt anderer SOE Staaten (über 4 Prozent) bzw. der EU-Länder (ungefähr 4,9 Prozent).

Zeigen Albaniens Anstrengungen zur Erreichung der MDGs in der Frage der Grundausbildung mittlerweile Früchte, sind die anhaltend niedrigen Einschreibungsraten auf Sekundärniveau und im Hochschulbereich Anlass zur Sorge. So beträgt zum Beispiel die Einschreibungsrate in Sekundarschulen in der Hauptstadt 70 Prozent, in anderen Großstädten 60 Prozent, aber in ländlichen Gebieten nur 25 Prozent. Derzeit verbringen albanische Schüler im Durchschnitt 8,5 Jahre in der Schule, was, verglichen mit dem OECD Durchschnitt von 14 Jahren, die groben strukturellen Probleme im Bildungswesen illustriert.

Eine der Hauptherausforderungen des albanischen Bildungssystems ist die schlechte Qualität des Bildungsangebots – Verbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmarktrelevanz, sind dringend erforderlich. Weitere Probleme sind eine allgemein niedrige Wertschätzung von Bildung in der Gesellschaft und der mangelhafte Zugang zu Bildungsinstitutionen. Von der kürzlich in Angriff genommenen Berufsbildungsreform und dem laufenden Dezentralisierungsprozess sind in den kommenden Jahren entscheidende Systemverbesserungen zu erwarten.

Umweltverschmutzung, natürliche Ressourcen, Rohstoffe

Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung stellen vielerorts in Albanien ein ernstes Problem und Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung dar. Ursachen sind Altlasten aus der Zeit Hoxhas, Industrieanlagen ohne Schutz- und Filtersysteme, der in den letzten Jahren stark angestiegene Verkehr, kaum funktionierende Müllsammelsysteme sowie ein schwach ausgeprägtes Umweltbewusstsein der Bevölkerung.

Zahlreiche ökologische Hot Spots verunmöglichen die Nutzung großer Landstriche. Fruchtbarer Boden für Landwirtschaft bleibt ungenutzt, potenzielle Bau- und Gewerbeflächen ebenso. Die nachhaltige Entwicklung des Tourismus wird durch die zunehmende Verschmutzung der Flüsse und Küste sowie des öffentlichen Raumes gefährdet.

Albanien ist reich an natürlichen Ressourcen. Deren Ausbeutung bzw. ineffiziente Nutzung gefährden jedoch Bevölkerung und Umwelt gleichermaßen. Aktuelle Probleme sind etwa die illegale Abholzung zwecks Verwendung von Holz als Brennstoff und kommerzielle Nutzung des Waldes sowie mangelhaftes Waldmanagement. Albanien hat heute eine der höchsten Raten bei der Zerstörung der Biodiversität in Europa.

Gender

In den letzten Jahren wurden einige wichtige Maßnahmen im Genderbereich gesetzt, z. B. die Gründung eines Komitees zur Geschlechtergleichstellung (2002), die Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes (2004), das sich auf die Bereiche Beschäftigung, Bildung, Entscheidungsprozesse, Diskriminierung und sexuelle Belästigung bezieht, und die Integration von Gender Mainstreaming Prozessen bei der Politikentwicklung. Gesetzliche Bestimmungen und ein nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel existieren.

Die Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen ist jedoch mangelhaft, sodass sich die Geschlechterungleichheiten in Albanien in den letzten 15 Jahren vergrößert haben. Diese manifestieren sich im Zugang zu Führungspositionen, Beschäftigung und Einkommen, Bildung und Gesundheit sowie in häuslicher Gewalt und Frauenhandel. Gesellschaftliche Einstellungen, die Frauen einen sekundären Platz zuweisen und sie vom öffentlichen Leben und Entscheidungsfunktionen fernhalten, sind noch stark. Gender Stereotypen fördern die strukturelle Ungleichheit und das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen.

Mit einem GDI (Gender & Development Index) – dieser misst die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bezüglich Bildung, Gesundheit und Einkommen – von 0,771 liegt Albanien international an 56. Stelle und damit an einer der letzten Stellen in Europa. Die GEM (Gender Empowerment Measure) misst die Teilnahme von Frauen am ökonomischen und politischen Leben: Hier findet sich Albanien an letzter Stelle in Südosteuropa. Die Repräsentation von Frauen in lokalen Vertretungsgremien und im nationalen Parlament ist trotz diverser Aufklärungskampagnen extrem niedrig (ca. 6 Prozent). Frauen verdienen im Durchschnitt nur 56 Prozent des durchschnittlichen Einkommens der Männer.

3.2 Potenziale

Natürliche Ressourcen

Albanien ist reich an Ressourcen, wie zum Beispiel Öl, Eisen, Nickel, Kupfer und Chrom. Viele dieser Rohstoffe sowie umfangreiche Wasservorräte liegen größtenteils noch brach bzw. wurden in der Vergangenheit ineffizient verwertet. Gezielte Investitionen in Anlagen und Know-how könnten die Erschließung und Verwertung dieser Ressourcen beschleunigen und für Albanien wichtige Einnahmequellen erschließen. Die Modernisierung und der Ausbau der Wasserkraft wäre ein wichtiger Schritt, um die derzeit bestehende Abhängigkeit Albaniens von Stromimporten zu reduzieren und Albanien langfristig wieder, wie in der Vergangenheit, zu einem Nettostromexporteur machen.

Um die stetig steigende nationale Stromnachfrage nachhaltig zu decken, wären, einhergehend mit dem Ausbau der Wasserkraft, auch die Förderung alternativer Energiequellen sowie Investitionen im Bereich Energieeffizienz sinnvoll.

Über ein Drittel der Grundfläche Albaniens sind von Wald bedeckt (rund 10.000 km²). Dieses Potenzial ist kommerziell noch weitgehend ungenutzt. Reformen in der Verwaltung gepaart mit einer Eindämmung des illegalen Holzschlags, Technologie- und Wissenstransfer zur effizienteren Nutzung, die Unterstützung der Holzverarbeitenden Industrie und die Förderung des sanften Tourismus könnten einen positiven Beitrag zu Beschäftigung und Einkommen leisten. Auch die verstärkte Nutzung von so genannten Nicht-Holz-Wald-Produkten wie Kräuter, Beeren etc. könnte einen positiven Entwicklungsbeitrag leisten, von dem vor allem auch ärmere und marginalisierte Bevölkerungsgruppen profitieren könnten.

Landwirtschaft

Als traditionelles Agrarland ist die Landwirtschaft einer der wichtigsten Sektoren Albanien. Rund ein Viertel der Gesamtfläche – 7.000 km² – sind landwirtschaftlich nutzbar. Das Klima ist grundsätzlich für alle Arten von Landwirtschaft und Viehzucht geeignet, die Qualität der Böden variiert stark nach Region und Lage.

Mit 22 Prozent tragen landwirtschaftliche Aktivitäten wesentlich zum BIP bei. 2004 waren fast 60 Prozent der berufstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Allerdings betreibt der Großteil nur Subsistenzlandwirtschaft. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist nach wie vor gering. Hauptprobleme sind der Mangel an Kapital für Investitionen in Maschinen und Anlagen sowie in die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit, unzureichende Bewässerungssysteme, veraltete Produktionsmethoden (Know-how) und der fehlende Zugang zu Märkten. Die starke Zerstückelung der Anbauflächen und die psychologische Belastung des Genossenschaftswesens stellen weitere strukturelle Probleme dar, die die Entwicklung der albanischen Landwirtschaft noch auf längere Zeit hinaus hemmen werden.

Die Einführung von Qualitätsstandards, die Verbesserung der Ausbildung, Produktdiversifizierung und die Erschließung neuer Distributionswege könnten kurz- und mittelfristig Qualität und Quantität der landwirtschaftlichen Produktion verbessern und zur Deckung des nationalen Bedarfs an Grundnahrungsmitteln (Obst, Gemüse, Milch, Getreide) sowie Halbfertig- und Fertigprodukten (Fleisch- und Milchprodukte, Fruchtkonservate, Gemüsekonzentrate, Honig, Kräuter und Heilpflanzen) beitragen bzw. das Handelsbilanzdefizit entlasten.

Tourismus

Unberührte Natur und abwechslungsreiche Landschaften (Ökosystemvielfalt) charakterisieren Albanien. Es beherbergt einzigartige Arten an Fauna und Flora, was Albanien bezogen auf seine Größe zu einem der artenreichsten Länder Europas macht. Mit seiner Gastfreundschaft, der interessanten Kultur sowie dem mediterranen Klima besitzt Albanien weitere Voraussetzungen für die Entwicklung verschiedener Arten von Tourismus.

Die Zahl der Touristen stieg seit 2000 um 80 Prozent. 2004 wurden bereits 588.000 Nächtigungen registriert. Rund drei Viertel der Touristen stammen aus dem Inland, Gäste aus dem Ausland kamen vorwiegend aus den Nachbarländern. Der Beitrag des Tourismussektors zum BIP betrug 2005 schon 4,7 Prozent und stieg im Vergleich zu Vorjahr um 3 Prozent. 11 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiteten 2005 im Tourismus, das sind rund 165.000 Personen. Die Einnahmen aus dem Tourismus stiegen von 2002 auf 2004 von USD 480 auf USD 740 Millionen. Ein Anstieg der Nächtigungszahlen sowie die Fortsetzung dieser Entwicklung werden auch für die Zukunft erwartet. Das *World Travel & Tourism Council* prognostiziert ein jährliches reales Wachstum des Tourismus von 5,4 Prozent im Zeitraum von 2006 bis 2015.

Tourismus ist ein wesentlicher Bestandteil der albanischen Regierungsstrategie zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Basis für die weitere Entwicklung des Sektors ist die 2004 von der albanischen Regierung verabschiedete nationale Tourismusentwicklungsstrategie inkl. Aktionsplan.

Während in der Vergangenheit vor allem in die Errichtung und den Ausbau von Unterkünften und in die Gastronomie investiert wurde – derzeit gibt es in Albanien ungefähr 200 Hotels mit einer Kapazität von knapp 9.000 Betten –, fehlt es insbesondere im Bereich Infrastruktur an wichtigen Investitionen. Um in Zukunft vermehrt zahlungskräftige Touristen aus dem Ausland anziehen zu können, sind vor allem verstärkte Investitionen in die kommunale Infrastruktur, das Verkehrsnetz und



den Umweltschutz sowie Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen sowie die Verbesserung der Ausbildung unabdingbar.

Geografische Lage

Die geografische Lage macht Albanien zu einer natürlichen Drehscheibe für Handelsbeziehungen im Balkan- und Mittelmeerraum. Die Modernisierung der Verkehrswege, der Ausbau der Häfen und die Errichtung von Transportleitungen für Energiequellen könnten Albanien in Zukunft lukrative Einnahmen aus dem Transitgeschäft beschern. Albanische Zulieferbetriebe könnten mittelfristig vermehrt an internationalen Wertschöpfungsketten teilhaben und dadurch von den Möglichkeiten den globalen Markts profitieren.

Religiöse Toleranz

Die Toleranz unter den Volksgruppen und Glaubensgemeinschaften ist in Albanien über Jahrhunderte gewachsen. Daran konnte auch das totalitäre kommunistische Regime, unter dem die Religionsausübung 22 Jahre lang verboten war, nichts ändern. Der beeindruckende Grad an Toleranz widerstand auch den sozialen Spannungen des letzten Jahrzehnts. In einer Welt, in der Religion zunehmend zur Erklärung bzw. Rechtfertigung dem Grunde nach politischer, wirtschaftlicher und sozialer Konflikte instrumentalisiert und missbraucht wird, stellt die religiöse Toleranz Albaniens ein wichtiges Vorbild dar, von dem nicht nur der Balkan, sondern auch das übrige Europa und andere Teile der Welt lernen können.

Europäische Integration

Die Aussicht auf Mitgliedschaft bei der Europäischen Union war in den letzten Jahren der Motor für umfangreiche Reformen in der öffentlichen Verwaltung und die Angleichung der Gesetzgebung an den *acquis communautaire*. Mit der Ankündigung des Europäischen Rates von Thessaloniki im Juni 2003 einer möglichen Vollmitgliedschaft war auch für Albanien eine langfristige EU-Perspektive geschaffen. Mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens im Juni 2006 wurde ein weiterer Schritt in Richtung EU-Beitritt gesetzt. Dieser stellt auch weiterhin die wichtigste Vision und Motivation der Regierung und Bevölkerung für weitere Reformen dar.

4. Entwicklungsstrategien und Programme anderer Geber

4.1 Albanische Entwicklungsstrategien

EU Integrationsprozess

Der Beitritt zur EU ist – neben der NATO Mitgliedschaft – das erklärte langfristige Ziel der albanischen Regierung und Bevölkerung.

Im Jahr 2000 wurde von der EU der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) ins Leben gerufen und den Ländern des Westbalkans der Status von „potenziellen Kandidaten“ mit einer „klaren Beitrittsperspektive“ zuerkannt. Der SAP zielt auf eine schrittweise Umsetzung des Rechtsnormenbestands der EU („*Acquis communautaire*“), die Abschaffung von Handelsbarrieren sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Westbalkans ab. Instrumente des SAP sind der Abschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA), ein Außenhilfsprogramm, asymmetrische Handelspräferenzen und politischer Dialog. Das bestehende Außenhilfsprogramm CARDS wird ab 2007 in ein neues Instrument



übergehen, das so genannte *Instrument for Pre-accession Assistance* (IPA) für die Finanzierungsperiode 2007–2013.

Nach rund 8 Jahren Verhandlungen, Gesprächsrunden und Machbarkeitsstudien wurden am 31. Jänner 2003 die offiziellen Verhandlungen über den Abschluss eines SAA mit der EU aufgenommen. Am 15. Mai 2005 verabschiedete die albanische Regierung den Nationalen Plan für die Anpassung der Gesetzgebung, der in einem einzigen konsolidierten Dokument alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem SAP zusammenfasst. Nach der Paraphierung im Februar 2006 erfolgte am 12. Juni 2006 die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen der EU und Albanien.

Das SAA ist das Hauptreferenzdokument für Albanien's Entwicklungsprozess. Es stellt die wichtigste Grundlage für alle nationalen Strategien dar und dient der internationalen Gebergemeinschaft als wichtigste Leitlinie für Geber-Strategien und -Programme.

Poverty Reduction Strategy

Die *National Strategy for Social and Economic Development* (NSSED) bildete von 2001 bis 2006 einen mehrjährigen Rahmen zur Armutsbekämpfung und Stärkung der Regierungsstrukturen. Die NSSED wurde 2001 von der albanischen Regierung verabschiedet, 2003 überarbeitet und repräsentierte seitdem das Grundlagendokument für alle sozialen und wirtschaftlichen Agenden der albanischen Regierung.

Nachhaltiges und sozial ausgewogenes Wirtschaftswachstum waren in dieser Strategie als Schlüssel zur Armutsminderung und Wohlstandssteigerung in Albanien definiert. Die mittelfristigen Ziele der albanischen Regierung in der NSSED waren Wirtschaftswachstum und makroökonomische Stabilität sowie Verbesserungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Regierungsführung und Soziales. An diesen Zielen ist teilweise der Einfluss der MDGs erkennbar.

Im Rahmen eines Konsultationsprozesses zur Weiterentwicklung der NSSED für den Zeitraum ab 2007 wurden im ersten Halbjahr 2006 zahlreiche Sektorstrategien verfasst, die die Grundlage für die neue nationale Entwicklungsstrategie, die *National Strategy on Development and Integration* (NSDI) bilden. In der NSDI werden die Defizite der NSSED behoben: die NSDI ist sehr umfangreich, berücksichtigt vollständig die Integrationsperspektiven in die Europäische Union sowie NATO und baut auf mehr als 30 Sektor- und *cross-cutting* Strategien auf. Gab es in der NSSED noch keine Verbindungen zur mittelfristigen Budgetplanung, so ist die NSDI direkt mit dem *Medium Term Expenditure Framework* (MTEF) verknüpft. Für die NSDI Strategie ist ein 7-jähriger Planungshorizont vorgesehen.

Integrated Planning System – IPS

Unter Mithilfe der internationalen Gemeinschaft begann 2004 ein Prozess zur Entwicklung eines *Integrated Planning System*. Dieser hat die Harmonisierung der zahlreichen Entwicklungsstrategien (SAP, NSDI, MDGs ...) und deren bessere Verknüpfung mit dem Budget zum Ziel. Bis 2007 wird mittels des IPS ein einziges Rahmendokument erstellt, das mit dem *Medium Term Expenditure Framework* die Prioritäten aller Strategien mit dem jeweiligen Jahresbudget verbindet.

Ab 2007 wird nur mehr ein Aktionsplan die mittelfristigen Prioritäten für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Albanien's und dessen Ambitionen Richtung EU Integration existieren.

Andere relevante Strategien

- Regierungsprogramm 2005–2009 (2005)
- Nationaler Plan für die Anpassung der Gesetzgebung (2005)
- Nationale Bildungsstrategie 2004–2015 (2004)
- Nationale Energiestrategie (2003)
- Nationale Wasserstrategie (2004)
- Strategie für Wasserversorgung und Sanität im urbanen Raum (2003)
- Strategie für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten (2003)
- Nationale Tourismusentwicklungsstrategie und Aktionsplan (2004)
- Nationale Strategie für nachhaltigen Tourismus (2002)
- Nationaler Aktionsplan für Umwelt (2002)
- Nationale Strategie für Dezentralisierung und lokale Selbstständigkeit, 1999
- Nationale Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma (2003)
- Nationale Strategie und Aktionsplan für Biodiversität (1999)

4.2 Geberkoordinierung und Programme anderer Geber²

Geberkoordinierung

Ende 2005 demonstrierte die albanische Regierung mit der Gründung einer zentralen Abteilung für Strategie und Geberkoordinierung ihren Willen, eine aktivere Rolle in der Geberkoordinierung zu übernehmen. Diese Abteilung untersteht direkt dem albanischen Ministerrat und ist zusätzlich zur Geberkoordinierung auch für die Umsetzung des IPS und die Fortschreibung der nationalen Entwicklungsstrategie, somit für die Gesamtsteuerung des Entwicklungsprozesses, zuständig.

Die Regierung hat damit die Grundlage für eine effektive Kommunikation und Koordinierung mit den Gebern geschaffen, die bis dato fast ausschließlich von der internationalen Gemeinschaft geleitet wurde. In Zusammenarbeit mit dem *Donor Technical Secretariat* der Europäischen Kommission werden vierteljährlich Konferenzen einberufen, um den Austausch zwischen bilateralen und multilateralen Gebern zu fördern. In zahlreichen Sektorarbeitsgruppen zu spezifischen Themen treffen sich Vertreter der Regierung und der Geberinnen teilweise monatlich.

Sowohl die Regierung als auch die internationale Gemeinschaft verbinden mit dieser neuen Struktur und den damit verbundenen klareren Zuständigkeiten die Hoffnung, die verfügbaren Mittel effizienter und gezielter einzusetzen und die Vorgaben der *PARIS Declaration* zu erfüllen.

Europäische Kommission

Die Europäische Union ist seit 1991 Albaniens größter Geber. Die Gemeinschaftshilfe für Albanien belief sich im Zeitraum 1991–2004 auf insgesamt 1,2 Milliarden Euro.

Zwischen 2000 und 2004 erhielt Albanien rund 240 Millionen Euro an Gemeinschaftshilfe, d. h. eine jährliche Zuweisung von rund 50 Millionen Euro. Seit 2001 ist CARDS das wichtigste Finanzierungsinstrument der EU für Albanien, mit dem die Einbindung Albaniens in den SAP und insbesondere Reformen in den folgenden vier prioritären Bereichen unterstützt werden: Justiz und Inneres, Ausbau der Verwaltungskapazitäten, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Stabilisierung und Demokratie. Die Verwaltung der Projekte wurde der Delegation der Europäischen Kommission in Tirana übertragen, die eng mit dem Ministerium für

² Siehe im Detail Annex 2.

europäische Integration zusammenarbeitet. Im letzten Jahr seines Bestehens wurde das CARDS Programm 2006 für Albanien mit 45,5 Millionen Euro dotiert.

Ab 2007 wird CARDS durch das neue Vorbeitrittsinstrument IPA ersetzt. Dieses wird den neuen Gesamtrahmen für alle von der EU finanzierten Maßnahmen zur Unterstützung der Beitrittsvorbereitungen der Kandidatenländer und der potenziellen Kandidatenländer, darunter Albanien, darstellen.

Weltbank und IWF

In den letzten 15 Jahren stellte die Weltbank Albanien USD 820 Millionen für Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur und Förderung der Stadtentwicklung, Modernisierung der Landwirtschaft, Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regierungsführung sowie für Finanzunterstützungen zur Verfügung.

Die *Country Assistance Strategy* 2006–2009 bildet die aktuelle Grundlage für die Arbeit der Weltbank in Albanien. Prioritäten sind die Bereiche Infrastruktur, Gesundheit und Bildung. Governance ist ein zentrales Thema – alle Weltbank-interventionen werden in Hinblick auf Unterstützung der Dezentralisierung, der stärkeren Bürgerbeteiligung und des transparenten Verwaltungsmanagement konzipiert.

Es ist wahrscheinlich, dass Albanien aufgrund der positiven Entwicklungen mit 2008 seinen IDA Status verliert und zu einem IBRD Kandidaten werden wird.

Albanien erhielt seit 1997 vom IWF finanzielle Unterstützung in der Höhe von USD 64 Millionen zur Reformierung des Bankensektors und der öffentlichen Verwaltung, insbesondere der Finanzverwaltung, sowie zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität.

Weitere Geber

Neben der Europäischen Kommission und der Weltbank unterstützten vor allem Italien, die EBRD, Griechenland, und die Schweiz die Modernisierung der Infrastruktur. Der Energiesektor wurde in den vergangenen Jahren durch Grants und Kredite von der Weltbank, USAID, Italien, Norwegen, EBRD, KfW, EIB und Japan gefördert. Umweltprojekte und Investitionen in die Wasserinfrastruktur kamen, abgesehen von Österreich, vor allem von der deutschen KfW und der Schweiz. Im Vergleich zu den genannten Sektoren ist die Unterstützung im Gesundheits- und Bildungsbereich bescheiden. Bildungsprojekte erhalten finanzielle Zuwendung von der Europäischen Kommission, USAID, der Schweiz, Deutschland und privaten Stiftungen. Schweden, die Niederlande und Deutschland unterstützten Projekte zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und des Dezentralisierungsprozesses.

5. OEZA-Programm: Ziele, Schwerpunkte und Strategie

5.1 Programmatrischer Rahmen

Das Landesprogramm Albanien orientiert sich an den drei im EZA-Gesetz festgelegten Oberzielen der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit – Armutsminderung, Friedenssicherung und Umweltschutz.

So wie alle Staaten der Region besitzt Albanien eine europäische Perspektive. Die OEZA sieht ihr Landesprogramm als Unterstützung zur Heranführung Albaniens an die Europäische Union. Es soll einen Beitrag zu den politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Reformen leisten, die das Land auf seinem europäischen Kurs durchführen wird.

Den aktuellen internationalen Rahmen bilden neben dem EU-Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess die Millenniums-Entwicklungsziele und die Paris Declaration. Weitere Vorgaben für die österreichische Entwicklungspolitik finden sich im aktuellen OEZA-Dreijahresprogramm sowie den OEZA-Leitlinien zu ausgewählten Themen und Sektoren.

5.2 Oberziel

Das Oberziel des OEZA-Landesprogramms ist die Förderung der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und die Stärkung des öffentlichen Sektors Albaniens.

5.3 Programmziel

Das OEZA-Landesprogramm fördert die touristische Entwicklung Albaniens. Governance und Gender Themen wird im Landesprogramm ein wichtiger Stellenwert eingeräumt.

Ausgehend von der bisherigen breiten Zielsetzung des Programms der Armutsminderung und Förderung einer wirtschaftlichen, sozial ausgewogenen Entwicklung Albaniens und aufbauend auf den Ergebnissen einer umfassenden Evaluierung der bisherigen Zusammenarbeit, welche eine stärkere Konzentration und Fokussierung empfahl, sowie einer Analyse der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen setzt die OEZA in den kommenden Jahren auf die Förderung der touristischen Entwicklung Albaniens – ein Bereich, in dem die OEZA aus derzeitiger Sicht eines der, wenn nicht das bedeutendste Entwicklungspotenzial für das Land sieht und in dem Österreich ein wertvoller bilateraler Partner sein kann.

In vielen Ländern, darunter sehr vielen Entwicklungsländern, stellt Tourismus einen wichtigen Motor für wirtschaftlichen Fortschritt dar, der gleichermaßen Arbeitsplätze schafft und Devisen- und Steuereinnahmen generiert. In der EU hängt bereits jeder achte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Tourismus ist eine der weltweit am schnellsten wachsenden Branchen, deren komparativer Vorteil gegenüber anderen Sektoren darin besteht, in besonderem Maße als Katalysator für KMU-Entwicklung bzw. Produktion und Beschäftigung auch in anderen Bereichen zu wirken, etwa in der Landwirtschaft, Fischerei, Lebensmittelverarbeitung oder im Kunsthandwerk. Tourismus ist eine arbeitsintensive Branche mit einem relativ hohen Frauenanteil und – im Vergleich zu anderen Sektoren – relativ guten physischen Arbeitsbedingungen. Die Verbesserungen der Infrastruktur wie Wasser- und Abwassersysteme, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen, Transport- und Gesundheitssysteme, die für die Entwicklung von Tourismus unabdingbar sind, kommen gleichermaßen der lokalen Bevölkerung zugute.

Albanien verfügt über unberührte Naturlandschaften, eine besonders große Artenvielfalt und ein reiches kulturelles Erbe; die Entwicklung des Tourismus steht erst am Anfang. Die große Chance, aber auch Herausforderung besteht daher darin, die Zielsetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Umweltschutzes im Bereich Tourismus gesamthaft zu verfolgen und Albanien gerade dadurch als qualitativ hochwertige Tourismusdestination zu etablieren. Weiters gilt es, bei der Umsetzung Pro-poor-growth-Strategien entsprechend zu berücksichtigen.

Österreich verfügt über viel Know-how im Tourismus- und Umweltbereich und formuliert Umweltschutz auch im Rahmen seiner Entwicklungspolitik als wichtiges Anliegen. Bereits bisher hat Österreich die Tourismusentwicklung in Albanien mit zahlreichen Projekten unterstützt und kann auf wertvoller Erfahrung aufbauen.

Die OEZA konzentriert sich – in Fortführung ihrer bisherigen programmatischen Ausrichtung – auf die Stärkung öffentlicher Partner und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. *Good Governance* kommt aus Sicht der OEZA ein zentraler Stellenwert für die Entwicklung Albaniens zu, weswegen dieser Bereich sowohl als Querschnittsmaterie im Programm verankert als auch in Form von einzelnen komplementären Projekten umgesetzt wird. Die Benachteiligung der Frau in der albanischen Gesellschaft hindert die Nutzung vorhandener Potenziale auf allen Ebenen. Mit einem Gender-Fokus im Landesprogramm zielt die OEZA auf die Stärkung der Stellung der Frau in der albanischen Gesellschaft und die bessere Nutzung der sich daraus ergebenden Potenziale für die Entwicklung Albaniens ab.

5.4 Geografischer Schwerpunkt

Die OEZA setzt ihre bisherige Schwerpunktsetzung auf Nordalbanien im Programmzeitraum fort. Ausschlaggebend dafür sind die wirtschaftliche Benachteiligung und die daraus resultierende größere Armut in der Region. Hintergrund sind weiters die historischen Beziehungen Österreichs, bewährte Partnerschaften und wertvolle Projekterfahrungen der OEZA sowie die Möglichkeit, grenzüberschreitende Kooperationen, insbesondere mit Montenegro zu fördern.

Eine klare Fokussierung auf den Kreis Shkodra in Nordwestalbanien soll wichtige Synergien schaffen und die Effektivität des Programms erhöhen.

In jenen Teilbereichen des Programms, in denen eine regionale Einschränkung nicht sinnvoll erscheint, agiert die OEZA wie bisher landesweit.

5.5 Thematische Schwerpunkte

5.5.1 Wasser, Abwasser, Umwelt

Nordwestalbanien verfügt über einen Küstenabschnitt, der bereits jetzt für den regionalen Tourismus in der Region eine große Rolle spielt. Wichtigste Herkunftsdestinationen sind derzeit vor allem der Kosovo, Mazedonien sowie Nordalbanien. Der Shkodra-See ist ein weiteres wichtiges ökologisches System mit einem interessanten touristischen Potenzial; zudem genießt der montenegrinische Teil des Sees den Status eines Nationalparks. Der Norden Albaniens lebt von einer teils noch unberührten Naturlandschaft, wie sie in Europa nur mehr selten zu finden ist. Albanien verfügt weiters über eine besonders artenreiche Fauna und Flora, die aktuelle Bedrohung bzw. der Rückgang an Biodiversität ist jedoch einer der höchsten Europas.

Funktionierende Wasser- und Abwassersysteme sind Grundvoraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. In besonderem Maße gilt dies für die Entwicklung des Tourismussektors. Die dafür notwendigen privaten Investitionen hängen direkt vom Vorhandensein bzw. der Qualität der entsprechenden Infrastruktur ab. Auch der aktive Schutz der natürlichen Ressourcen ist für die Nutzung des touristischen Entwicklungspotenzials Albaniens von ausschlaggebender Bedeutung; dieses kann nur durch Maßnahmen wie die Sicherung ausreichender Wasserqualität, gutes Umweltmanagement u. ä. nachhaltig langfristig erschlossen werden.

Die OEZA wird daher im Programmzeitraum in der Schwerpunktregion Nordwestalbanien Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie des Umweltschutzes fördern. Damit werden die bisherigen Aktivitäten im Wassersektor durch entsprechende Umweltmaßnahmen erweitert. Auswahlkriterium für Interventionen ist die Beitragsleistung zur Nutzbarmachung des touristischen Entwicklungspotenzials auf Basis der Prinzipien nachhaltiger Entwicklung.

Wo immer sinnvoll, insbesondere im Bereich des institutionellen Aufbaus, werden die Programmaßnahmen durch komplementäre Interventionen auf nationaler Ebene ergänzt.

Die im zweiten Halbjahr 2006 vorliegende Entwicklungsstrategie für den Kreis Shkodra wird eine wichtige Grundlage für die weitere strategische Entwicklung des österreichischen Programms darstellen. Die Entwicklungsstrategie für Shkodra sollte insbesondere auch Aufschluss über Investitionsprioritäten und die weitere institutionelle Entwicklung der Region geben, welcher die OEZA in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen wird. Eine wichtige Funktion regionaler Institutionen ist aus Sicht der OEZA dabei die Förderung eines regionalen Ausgleichs.

Eine Ausweitung des Programmschwerpunkts „Wasser, Abwasser, Umwelt“ in Richtung Förderung einer integrativen Regionalentwicklung in Nordalbanien/Kreis Shkodra ist langfristig geplant, wird im Programmzeitraum aufgrund beschränkter Mittel jedoch nur sehr eingeschränkt verwirklicht werden können (z. B. Projekt Kelmend; Berücksichtigung entsprechender kleiner Projektkomponenten in anderen laufenden Vorhaben). Einkommensschaffende Maßnahmen, Community Development und raumplanerische Maßnahmen werden dabei von der OEZA als wichtige Ansatzpunkte gesehen. Dieses Szenario basiert auf der Annahme steigender Budgetmittel.

5.5.2 Tourismusrelevante Ausbildung

Bereits jetzt generiert der Tourismussektor in Albanien eine steigende Anzahl von Arbeitsplätzen. Eine Verbleibstudie, die unter den AbsolventInnen der von der OEZA in den vergangenen Jahren geförderten Landwirtschafts-, Tourismus- und Wirtschaftsschulen durchgeführt wurde, hat gezeigt, dass die AbsolventInnen der Tourismusschulen am erfolgreichsten waren, nach ihrem Abschluss einen adäquaten Arbeitsplatz zu bekommen. Insbesondere die Qualität des Ausbildungsangebotes ist jedoch noch in vielen Bereichen verbesserungsfähig. Das gleiche gilt etwa für den Bereich LehrerInnenaus- und -weiterbildung. Es gilt, zur Umsetzung struktureller Reformen beizutragen, die institutionellen Kapazitäten zu stärken und die in Pilotprojekten gemachte Erfahrungen und Verbesserungen landesweit umzusetzen.

Die OEZA wird im Programmzeitraum Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Ausbildung in Albanien fördern. Dadurch wird einerseits der bisherige Schwerpunkt Berufsbildung auf tourismusrelevante Bereiche fokussiert. Andererseits werden auch andere Teilbereiche der touristischen Ausbildung, wie die Erwachsenenbildung und der tertiäre Bildungssektor, z. B. im Bereich universitäre Lehrerfortbildung, in das künftige Programm einbezogen.

Ein besonderes Anliegen der OEZA ist die Unterstützung der im Jänner 2006 von der Regierung vorgelegten ambitionierten Strategie zur Berufsbildungsreform Albaniens, eine Strategie, die einen großen Fortschritt Richtung Erfüllung der Bologna-, Lissabon- und Kopenhagen-Ziele³ darstellt. Als erfahrener Akteur kann Österreich in diesem Bereich wertvolles Know-how zur Verfügung stellen und in die Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie einbringen. Damit soll auch den Empfehlungen der Evaluierung Rechnung getragen, künftig stärker auf der

³ Diese Begriffe beziehen sich auf Teilprozesse des EU-Integrationsprozesses in den Bereichen Höhere Bildung (Bologna-Prozess: Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums, wobei sich der Bologna-Prozess auf alle Unterzeichnerstaaten der Europäischen Kulturkonvention des Europarats bezieht und derzeit 45 Staaten umfasst) und Wachstum und Arbeitsmarkt (Lissabon-Prozess: EU als führender wissensbasierter, innovativer und dynamischer Wirtschaftsstandort) bzw. legen die Kriterien für die EU-Integration der Westbalkan-Staaten fest (Kopenhagen-Kriterien: Demokratie, Rechtsstaat, Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte, funktionierende Marktwirtschaft, Fähigkeit, Rechtsbestand der EU/Acquis communautaire zu übernehmen).

Systemebene anzusetzen. Wichtiges Mittel zur Stärkung dieser Dimension und der Synergie zwischen Projekt- und Systemebene ist auch die regionale Zusammenarbeit im Bildungsbereich, die in Südosteuropa im Rahmen der von Österreich (BMBWK) initiierten „Education Reform Initiative of South Eastern Europe (ERI SEE)“ stattfindet.

Der Schnittstelle zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt soll in Zukunft noch stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Unter der Annahme eines Szenarios erhöhter Budgetmittel könnte dieses Teilprogramm in weiterer Folge in Richtung Förderung tourismusrelevanter KMU-Entwicklung, inklusive Business Start-Ups, ausgebaut werden. Mögliche Maßnahmen wären die Förderung von *Business-Start-Up-Incentive Schemes* oder spezielle KMU-Kreditlinien für den Tourismussektor.

5.5.3 Querschnittsthema Good Governance

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in Albanien weit entwickelt, dennoch bestehen weiterhin große strukturelle Defizite. Erfolgreiche Programminterventionen müssen dem Bereich *Good Governance* einen wichtigen Stellenwert einräumen.

Die OEZA definiert daher *Good Governance* als Querschnittsthema, das auf allen Ebenen der Programm- und Projektarbeit umgesetzt wird. Bei allen Interventionen der OEZA sollen die Wechselwirkungen zwischen Programmintervention und *Good Governance* geprüft und berücksichtigt werden und die folgenden Zielsetzungen so weit wie möglich mitverfolgt werden:

- Sicherstellung größerer Transparenz in der Verwaltung und Verwendung öffentlicher Ressourcen,
- Trennung zwischen Politik und öffentlicher Verwaltung durch Sicherstellung der Autonomie und Entpolitisierung der Verwaltung,
- Stärkung der lokalen Regierungen und
- Stärkung der Zivilgesellschaft.

So gilt es beispielsweise im Bildungsbereich den derzeit laufenden Dezentralisierungsprozess, der Planungs-, Steuerungs- und Qualitätssicherungsaufgaben auf die regionale Ebene verlagern wird, zu unterstützen.

Im Einzelfall fördert die OEZA Projekte, die direkt der Verbesserung der *Governance* Situation in Albanien dienen, insbesondere wenn diese einen signifikanten Beitrag zur Lösung von Schlüsselproblemen für die Entwicklung Albaniens leisten können.

5.5.4 Querschnittsthema Gender

Im Rahmen der zum Bestandteil des europäischen *Acquis communautaire* gewordenen Anti-Diskriminierungsregeln setzt die OEZA in Albanien einen Gender-Schwerpunkt mit Fokus auf Frauenrechte. Dies entspricht dem Grundprinzip der OEZA-Leitlinien zur Geschlechtergleichstellung und dem Empowerment von Frauen. Die OEZA zielt dabei auf eine Bewusstseinsänderung der gesamten Bevölkerung – Frauen und Männern – und die Verbesserung der konkreten Lebensumstände der Frauen in Albanien ab.

Ein umfassendes Gender-Mainstreaming und, im Einzelfall, die Unterstützung von direkten Projekten zur Frauenförderung ist Teil des OEZA-Landesprogramms mit Albanien. Die OEZA konzentriert sich dabei auf Verbesserungen in den Kernbereichen Befähigungen (Ausbildung und Training) sowie ökonomische und politische Möglichkeiten.

5.6 Weitere strategische Überlegungen

EU-Integration

Folgend dem Oberziel der Unterstützung Albaniens auf seinem Weg in die EU-Integration fördert die OEZA im Rahmen ihrer Interventionen die Einführung europäischer Standards und die Ausrichtung der Reformbestrebungen auf europäische Strategien, etwa die Bologna- und Lissabonstrategie oder die relevanten Umweltschutzkonventionen.

Religiöse Toleranz

Die Jahrhunderte lange religiöse Toleranz, die Albanien auszeichnet, ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Stabilität des Landes. Sie ist ein wertvolles Gut, das es in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit im Sinne langfristiger Friedenssicherung zu bewahren gilt. Die Förderung der religiösen Toleranz und des Dialogs ist ein Anliegen der OEZA, das bei der Umsetzung des Programms mitbedacht und mitverfolgt werden wird.

Harmonisierung und Anpassung

Die OEZA trägt die Empfehlungen der Paris Declaration mit und richtet ihr Programm an den Prinzipien von *Harmonisation and Alignment* aus: Unterstützung der Entwicklungsstrategien Albaniens, Stärkung der institutionellen Kapazitäten, Teilnahme an Politikdialog und enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft. Die Beteiligung an Geberkoordinierungsmechanismen – inklusive Multi-Donor-Programmen – wird seitens der OEZA aktiv verfolgt.

Regionale Kooperation

Eine Zielsetzung der OEZA ist die Förderung regionaler bzw. grenzüberschreitender Kooperationen. Die OEZA wird bei der Umsetzung des Landesprogramms die regionale Dimension der Reformprozesse berücksichtigen sowie im Rahmen der Förderung regionaler Kooperationen (siehe 5.6) Synergien mit dem Landesprogramm Albanien herzustellen suchen.

Umwelt-Mainstreaming

Der Umweltschwerpunkt der OEZA wird durch ein Umwelt-Mainstreaming ergänzt: Jedes Projekt wird einem Umwelt-Assessment unterzogen, das negative Auswirkungen vermeiden und positive Auswirkungen auf die Umwelt fördern soll. Die Prüfung allfälliger Auswirkungen auf die Umwelt ist integrativer Teil des gesamten Projektzyklus, vom Projektdesign bis zu Monitoring und Evaluierung.

5.7 Zusätzliche OEZA-Programme

Die OEZA verfügt – zusätzlich zum bilateralen Landesprogramm bzw. der Budgetlinie Albanien – über eine Reihe von weiteren Programmen bzw. Budgetlinien, die für die Kooperation mit Albanien zur Verfügung stehen:

Regionale Kooperation Südosteuropa

Regionale Kooperationsansätze sind gerade für die langfristige Stabilisierung und Friedenssicherung in der Region von zentraler Bedeutung. Die Förderung der regionalen Kooperation ist daher nicht nur essenzieller Bestandteil der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesse in der Region sowie die Ratio des Stabilitätspakts für Südosteuropa; sie ist auch ein wichtiges Prinzip der OEZA in der Region Südosteuropa.

Die OEZA fördert im Rahmen des Programms „Regionale Kooperation Südosteuropa“ Aktivitäten, die Partner aus zwei oder mehr Ländern Südosteuropas umfassen. Beispiele für Projekte sind etwa die Investment Compact-Initiative im Rahmen des Stabilitätspakts, das Weltbank-Projekt REPARIS („*The Road to Europe: Programme of Accounting Reform and Institutional Strengthening*“) und die *Balkan Case Challenge*, ein StudentInnenwettbewerb verbunden mit einer Jobmesse für StudentInnen aus ganz Südosteuropa.

Derzeit erarbeitet die OEZA ein neues Regionalprogramm für Südosteuropa. Ziel ist die Unterstützung regionaler Problemlösungen in wichtigen Schwerpunktbereichen, wobei besonderer Wert auf die Herstellung von Synergien mit den Landesprogrammen in der Region gelegt wird.

Bildungskooperationen: Tourismusschule Klessheim, Limnologie

Im Rahmen des Tourismus-Stipendienprogramms ermöglicht die OEZA TeilnehmerInnen aus ihren Partnerländern eine Ausbildung im Rahmen eines 8-monatigen Programms im Bereich Tourismus- und Hotelmanagement, das von den Tourismusschulen Salzburg in Klessheim/Österreich angeboten wird. Ein weiteres Stipendienprogramm wird für den Bereich Limnologie angeboten, wobei dieser postgraduale Lehrgang jeweils einen 6-monatigen Studienaufenthalt in Österreich, in den Niederlanden und im Heimatland vorsieht.

Kooperation mit der Wirtschaft

Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften: Privater Wirtschaftstätigkeit kommt bei der Schaffung von Wohlstand für alle eine besonders wichtige Bedeutung zu. Die OEZA kooperiert daher in Zukunft verstärkt mit dem privaten Sektor, um Synergien durch die gemeinsame Finanzierung von Projekten zu erzielen. Gefördert werden können öffentlich-private Kooperationen sowie *Business-to-Business*-Projekte (Joint Ventures, Outsourcing, Managementverträge usw.).

Know-how-Transfer in der öffentlichen Verwaltung

Know-How-Transfer-Centre: Die OEZA fördert Kooperationen zwischen österreichischen und lokalen Institutionen der öffentlichen Verwaltung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der kommunalen Ebene. Gefördert werden können etwa *Study Visits* von GemeindevertreterInnen und MitarbeiterInnen von Kommunalbetrieben in Österreich oder kleinere Seminare und Veranstaltungen, die dem Erfahrungsaustausch im Bereich der öffentlichen Verwaltung dienen.

NRO Kofinanzierung

Im Rahmen dieses für alle Zielländer der OEZA zur Verfügung stehenden Programms werden Kooperationsprojekte zwischen österreichischen und lokalen NRO gefördert, Eigenmittel der NRO müssen dabei eingebracht werden. Zweimal jährlich findet ein Auswahlverfahren statt. Die aktuellen inhaltlichen Schwerpunkte für die Partnerländer der OEZA sind Konfliktprävention und Versöhnung, Menschenrechtserziehung, Bekämpfung von Menschenhandel und Bekämpfung von HIV/AIDS. Kofinanziert werden auch EU-Projekte mit Beteiligung österreichischer NRO und Mikroprojekte zur Armutsminderung.

6. Umsetzung

Generelle Prinzipien der Umsetzung

Die Umsetzung des Programms erfolgt durch die *Austrian Development Agency* (ADA). Vor Ort wird das OEZA-Programm durch ein als Teil der Österreichischen Botschaft eingerichtetes Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit in Tirana betreut, dessen Aufgabenkreis sich aufgrund der Anforderungen der *Paris Declaration* zunehmend vergrößert.

Die durch ADA finanzierten Projekte werden ausschließlich über externe Projektträger implementiert. Im Regelfall arbeitet die OEZA mit Trägern, die durch Ausschreibungsverfahren ermittelt werden, hinzukommen Kooperationen mit internationalen Organisationen wie IFIs und Kooperationen mit dem öffentlichen Sektor. NRO-Kofinanzierungsmittel werden auf Basis des dafür zur Verfügung stehenden Förderinstrumentariums vergeben; die Programme Know-How-Transfer-Centre und Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften nach dem Antragsprinzip; siehe im Detail www.ada.gv.at.

Für das laufende Programm-Monitoring zeichnet das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, verantwortlich.

Im Laufe des Jahres 2008 wird die Umsetzung des Programms sowie die strategische Ausrichtung mittels eines gemeinsamen *Midterm-Reviews* überprüft werden.

Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Projektpipeline

Das laufende Programm der OEZA in Albanien besteht aus einer größeren Zahl von Aktivitäten, die teilweise auch außerhalb des nunmehr festgelegten Programmziels liegen bzw. die einen anderen Hauptfokus haben und noch eine Zeitlang laufen werden. Insgesamt ist das für den Programmzeitraum zur Verfügung stehende Budget bereits in einem relativ großen Ausmaß vertraglich gebunden, sodass für neue Initiativen nur beschränkter Spielraum besteht.

Die Umsetzung des vorliegenden Programms erfolgt daher in Form einer schrittweisen langfristigen Neuausrichtung des OEZA-Programms in Albanien. Zum einen gilt es, ein Transformationsszenario für die laufende Projektpipeline zu entwickeln, das heißt, den geordneten Ausstieg aus Aktivitäten, die nicht dem Programmziel entsprechen, bzw. die Adaptierung und Neuausrichtung von Projekten, die nur teilweise dem Programmziel entsprechen, in die Wege zu leiten und umzusetzen. Zum anderen dient das Programm als strategische Vorgabe für die Umsetzung neuer Maßnahmen.

Notwendige Inputs

Zur Umsetzung des OEZA-Programmes bedarf es einer detaillierten weiteren Aufarbeitung der Themen Tourismus (insbesondere kurz-, mittel- und langfristiges Tourismuspotenzial – inklusive Beschäftigungseffekte), Umwelt, *Good Governance*, Gender, regionale Entwicklungsstrategien und regionale Institutionen (welche Institutionen müssen gestärkt werden, um das Programmziel zu erreichen), jeweils bezogen auf die OEZA-Schwerpunktregion Nordalbanien/Kreis Shkodra. Eine wichtige Grundlage für die Implementierung der neuen Berufsbildungsstrategie Albaniens werden die derzeit im Rahmen des CARDS-VET-Programms durchgeführten Arbeitsmarktanalysen zur Erhebung des Ausbildungspotenzials darstellen.

Nach Aufarbeitung der oben angeführten Themen werden, folgend den strategischen Vorgaben des Landesprogramms, Teilprogramme mit detailliert festgelegten Zielen, Kriterien, Resultaten, Indikatoren und Aktivitäten für die beiden Schwerpunktthemen „Wasser, Abwasser, Umwelt“ und „Tourismusrelevante Ausbildung“ erarbeitet werden. Die Querschnittsthemen *Good Governance* und Gender sollen sowohl auf Programmebene als auch auf Projektebene verfolgt und umgesetzt werden. Für die Umsetzung auf Projektebene werden entsprechende konkrete Handlungsanleitungen erarbeitet.

Mögliche Aktivitäten

In Zusammenhang mit der Weiterentwicklung und Neuausrichtung der bestehenden Projektpipeline werden u. a. folgende Ansatzpunkte für die künftige Umsetzung der beiden Schwerpunktthemen geprüft werden:

Wasser, Abwasser, Umwelt: Maßnahmen zur Vorbereitung bzw. Beteiligung an Regional- und Küstenentwicklungsprojekten in Nordalbanien/Weltbank-Projekt „*Coastal Zone Management*“ in Nordalbanien, Beteiligung bzw. Finanzierung von Follow-up-Maßnahmen in Zusammenhang mit den Weltbank- und GTZ-Initiativen betreffend Umweltschutz und Shkodra-See.

Tourismusausbildung: Beteiligung an dem von der Weltbank initiierten SWAP, Übertragung der Erfahrungen im Bereich Berufsschulen/Tourismus auf weitere Tourismusschulen in Albanien und Einbringen auf der systemischen Ebene, Förderung der neu strukturierten Landwirtschafts/Agrobusiness-Schule in Shkodra, stärkere Vernetzung der Berufsbildungsaktivitäten mit der lokalen Wirtschaft, Förderung des Reisebüro-Lehrgangs an der Wirtschaftsschule Shkodra, Aufgreifen des Dialogs mit den albanischen Partnern über die Einrichtung neuer innovativer Ausbildungsformen wie Colleges oder Fachhochschulen für den Bereich Tourismus, Erwachsenenbildungsangebote, Einbeziehung albanischer Projektpartner als TeilnehmerInnen in den von der OEZA geförderten Lehrgang für Tourismus- und Hotelmanagement ITH Klessheim.

Im Kontext der beiden Querschnittsmaterien *Gender* und *Good Governance* werden Maßnahmen zur Stärkung der Stellung der Frau in der Gesellschaft identifiziert – inklusive Förderungen für albanische Frauen-NRO – und die Beteiligung am IPS (Integrated Planning System) geprüft.

Budget

Die OEZA agiert auf Basis jährlicher Budgets. Das Budget für das Landesprogramm Albanien beträgt derzeit 2 Millionen Euro jährlich. Zielvorgabe für die Gewichtung innerhalb des Programms ist die Bereitstellung von mindestens 80 Prozent der Mittel für die beiden Schwerpunktbereiche.

Die generelle Möglichkeit ansteigender Budgetmittel wurde im vorliegenden Programm berücksichtigt.

Kontaktinfo

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Mag. Ingrid Sager
Minoritenplatz 8
1014 Wien
Tel.: +43 5 01150-4417
Fax: +43 5 01159-6417
ingrid.sager@bmaa.gv.at

Austrian Development Agency
Länderdesk Albanien
Dr. Hubert Neuwirth
Zelinkagasse 2/7
1010 Wien
Tel.: +43 1 90399-543
Fax: +43 1 90399-290
programme@ada.gv.at
hubert.neuwirth@ada.gv.at

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit Tirana
Leitung:
Mag. Christopher Opancar
Rr. Mustafa Matohiti, Pallati ABAU, No. 1/7
Postanschrift: PO Box 222/1
Tirana, Albanien
Tel.: +355 4 235717
Fax: +355 4 234546
tirana@ada.gv.at



Annexe

1. Logical Framework
2. Geberübersicht
3. Quellenverzeichnis



Annex 1: Logical Framework⁴

Interventionslogik	Indikatoren	Quellen zur Überprüfung	Annahmen und Risiken
<p><u>Oberziel:</u> Förderung der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Albaniens und Stärkung des öffentlichen Sektors</p>	<p>Armutquote in Albanien gesunken Anstieg des BIP, der Beschäftigung, des Einkommens und Privatinvestitionen</p> <p>Soziale Unterschiede sind verringert Reduktion des Menschenhandels</p> <p>Umweltschutz wird als Ziel bei anderen Interventionen und in anderen Politikbereichen mitberücksichtigt</p>	<p>Fortschrittsberichte zur NSDI Berichte des Wirtschaftsministeriums und der Weltbank SAA Fortschrittsbericht HDI und GDI Reports, MDG-Statusberichte UNDP Human Development Report CEDAW-Berichte Gini-Index Nationale Berichte zu den Umweltkonventionen</p>	
<p><u>Programmziel:</u> Förderung der touristischen Entwicklung Albaniens durch</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ die Schaffung von Voraussetzungen für eine nachhaltige, armutsreduzierende Entwicklung des Tourismus, insbesondere in Nordalbanien und ■ generell die Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen 	<p>Formulierte Tourismuspolitik für Nord-Albanien Zunahme der TouristInnen in Nord-Albanien Anstieg der (v. a. albanischen) Akzeptanz der Bevölkerung Privatinvestitionen im Tourismussektor Anstieg der tourismusrelevanten Betriebe Erhöhung des Beitrags des Tourismussektors zum BIP Anstieg der Beschäftigung und Erhöhung des Einkommens, insbesondere im Tourismus und von Frauen</p> <p>Nutzung der öffentlichen Dienstleistungen Erhöhung der Lebensqualität benachteiligter Gruppen</p>	<p>Berichte des Tourismusministeriums, INSTAT und Weltbank über den Kreis Shkodra Statistiken zum Arbeitsmarkt, Tourismussektor und FDI über den Kreis Shkodra Befragungen</p> <p>Statusberichte zur NSDI Fortschrittsberichte zu den MDGs CEDAW-Berichte OSCE Berichte Berichte der local task forces against trafficking</p> <p>Umfragen Parteienverkehr Feldstudien und Haushaltsbefragungen</p>	<p>Albanien setzt notwendige Reformen auf Systemebene um und stellt Eigenmittel für die Infrastrukturmaßnahmen und Tourismusentwicklung zur Verfügung Albanien priorisiert Tourismus im Rahmen seiner Entwicklungsstrategien und setzt die nationale Tourismusstrategie um</p> <p>Prinzipien von Gender und Good Governance werden in Albanien ernsthaft verfolgt</p> <p>Bewusstseinsänderung erfolgt auf politischer Ebene sowie in der Gesellschaft</p>
<p><u>Ergebnisse:</u> 1. Im Projektgebiet Kreis Shkodra ist die tourismusrelevante Infrastruktur im Bereich Wasser- und Abwasser verbessert, natürliche Ressourcen werden nachhaltig genutzt.</p>	<p>1. Zahl der Personen mit Zugang zu funktionsfähigen Wasser- und Abwassersystemen ist erhöht, bessere finanzielle Lebensfähigkeit der Kommunalbetriebe (z. B. durch bessere Hebeeffizienz bei den Gebühren); Bewusstsein für Umweltschutz ist erhöht, Wasserqualität der Grund- und Oberflächenwasser sowie des Shkodra Sees verbessert</p>	<p>1. Umweltkontrollbericht des Umweltministeriums, Berichte des Wirtschaftsministeriums, Berichte der Wasserbehörden, Wasserwerke und Ministerien für Umwelt und Öffentliche Arbeiten INSTAT-Berichte, Betriebsergebnisse Kommunalbetriebe, Evaluierungen, Projektmonitoring, Nationale Berichte zu Umweltkonventionen, Bevölkerungsumfragen</p>	<p>1. Entwicklungsstrategie mit Investitionsprioritäten für Kreis Shkodra liegt vor, nationale Eigenmittel für Infrastruktur stehen zur Verfügung Tourismus und Umweltschutz werden gesamthaft verfolgt. Ownership des Ministeriums</p>

⁴ Auf Ergebnis-Ebene können im Zuge der Erarbeitung der Teilprogramme 2006/2007 weitere Präzisierungen vorgenommen werden. Die Aktivitäten-Ebene ist durch ein mögliches Projektbeispiel dargestellt, eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten-Ebene erfolgt im Rahmen der Teilprogramme.

<p>2. In tourismusrelevanten Ausbildungsbereichen sind Systemreformen nach EU-Standards umgesetzt, die Qualität des Ausbildungsangebots ist verbessert.</p>	<p>2. Umsetzung europäischer Zielvorgaben (z. B. Bologna, Lissabonprozess) auf legislativer und Verwaltungsebene, Anstieg der SchülerInnen, Anzahl der bestandenen Abschlussprüfungen, insbes. an berufsbildenden Schulen, Fachbezogene Beschäftigung der AbsolventInnen</p>	<p>2. SAP-Fortschrittsberichte, Erhebungen des Ministeriums für Tourismus, Berichte des Bildungsministeriums, Arbeitsmarktstatistik, Projektmonitoring, Evaluierungen</p>	<p>2. fortgesetzter Reformwille der albanischen Regierung und relevanten Behörden, insbesondere im Berufsschulbereich Nationale Eigenmittel zur Verbesserung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen werden eingesetzt</p>
<p>3. Die Verwaltung agiert transparent und setzt Ressourcen effizient ein; lokale Akteure sind gestärkt, insbesondere in tourismusrelevanten Bereichen.</p>	<p>3. Erhöhte Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Gelder Budgetprozess und Entwicklungsstrategien sind systemisch verknüpft, Verbesserung bei Corruption Perception Index, Kompetenzen der lokalen und regionalen Verwaltung sind gestärkt, Akteure der Zivilgesellschaft werden bei Politikgestaltung, vor allem auf den unteren Ebenen, verstärkt eingebunden</p>	<p>3. SAP-Fortschrittsberichte Projektmonitoring, Berichte und Evaluierungen, Publikationen über Corruption Perception Index, Statusbericht Dezentralisierung, Wahlergebnisse Statistiken lokaler Verwaltungen, Befragungen</p>	<p>3. Korruptionsbekämpfung bleibt Regierungspriorität und wird durch konkrete Maßnahmen, nicht nur auf legislativer Ebene, umgesetzt. Einführung des IPS, Fortsetzung der Dezentralisierungsbemühungen, Reformwille der Gesellschaft, Existenz von pro-europäischen Kräften auf allen politischen Ebenen</p>
<p>4. Frauenrechte sind durch Gender Mainstreaming bei Politikgestaltung und Budgetplanung gestärkt.</p>	<p>4. Verbesserte Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen Erhöhter Frauenanteil auf allen Entscheidungsebenen</p>	<p>4. Berichte des Ministeriums für Arbeit und Soziales GDI-Index Projektmonitoring, Berichte und Evaluierungen CEDAW Berichte GEM-Index Wahlergebnisse</p>	<p>4. Bewusstseinsänderung auf politischer Ebene wird von internationalen Akteuren laufend eingefordert und unterstützt. Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft wird von der politischen Ebene sowie von internationalen Akteuren unterstützt. Kontinuität der Gender Policy der Regierung</p>
<p><u>Aktivitäten:</u> 1. Umwelt/Wasser/Abwasser 2. Tourismusrelevante Ausbildung 3. Good Governance 4. Gender</p>	<p><u>Mittel:</u> 1. z. B.: Umweltmanagement Shkodra See mit regionalem Ansatz 2. z. B.: Unterstützung von Landwirtschaftsschulen 3. z. B.: Beteiligung am IPS – Integrated Planning System 4. z. B.: Gender Programm: Equity in Governance</p>	<p><u>Kosten:</u> 1. EUR 3,8 Mio. 2. EUR 0,8 Mio. 3. EUR 0,6 Mio. 4. EUR 0,8 Mio.</p>	

Annex 2: Donor Assistance to Albania by Programs⁵

	EU	EBRD	EIB	UNDP	UNFPA	UNICEF	UNHCR	ILO	WHO	FAO	WFP	IOM	USAID/US	DFID	OSCE	GTZ	KfW	Italy	Netherlands	Austria	Switzerland	Norway	Sweden	Kuwait Fund	Opec Fund	IsDB
1. AGRICULTURE, NATURAL RESOURCES, ENVIRONMENT, FORESTRY AND PASTURES																										
Agriculture	X	X								X				X				X				X	X	X		X
Environment	X			X									X	X			X	X	X	X				X		
Forestry and Pastures											X															
2. PRIVATE SECTOR DEVELOPMENT, BANKING, SME AND FINANCE																										
Banking													X													
Finance	X	X											X				X									
SME													X													
Private Sector Development	X												X		X		X	X	X		X		X		X	
Investment promotion													X								X					
3. PUBLIC SECTOR REFORMS , GOVERNANCE AND DECENTRALIZATION																										
Public Administration/ Governance	X			X									X				X		X	X		X	X			
Local Government/Decentralization	X			X									X						X	X						
Tax Administration	X													X												
Civil Society Development	X												X		X				X			X				
Human rights	X			X	X	X		X					X		X			X		X						
4. ECONOMIC MANAGEMENT, PLANNING AND CAPACITY BUILDING																										
Macro support (PEM, NSSD)	X													X												
Statistics	X			:		X							X	X				X		X		X				
Advice/Technical Support				:												X										
5. RULE OF LAW (LAW AND ORDER)																										
Judiciary	X							X					X				X	X				X	X			
Property Rights	X												X					X				X	X			
Security and Police	X												X									X				
6. SOCIAL SECTOR																										
Education	X					X		X				X	X		X			X								
Health				:	X	X		X	X			X	X	X			X	X				X	X		X	X
Social protection/welfare	X					X	X	X			X	X		X	X							X	X			X
Culture/Media	X												X						X			X				
Labor								X				X						X				X				
7. INFRASTRUCTURE AND OTHER ECONOMIC SECTORS																										
Energy	X	X	X										X				X	X		X	X	X				
Transport	X	X	X														X									X
Municipal Development	X			X									X		X		X	X		X						
Water	X														X		X		X	X	X				X	
Tourism													X					X								

⁵ World Bank: Albania Country Assistance Strategy 2006–2009



Annex 3: Quellenverzeichnis

- Albanian Council of Ministers, National Strategy for Socio-Economic Development (NSSED), November 2001
- Albanian Ministry of Finance, Progress Report on the Implementation of the National Strategy for Socio-Economic Development, June 2005
- UNDP, National Human Development Report Albania 2005
- Pro-Poor and Pro-Women Policies and Development in Albania, Approaches to Operationalising the MDGs in Albania, Tirana 2005
- CoPLAN/M.Heusinger, Regional Tourism Policies for Albania, 2005
- J. Holland, Consensus and Conflict: The Socio-economic Challenge Facing Sustainable Tourism Development in Southern Albania, 2000
- MIGA, Tourism: A Passageway to Development, 2005
- World Bank Albania, Quarterly Newsletters 2005
- World Bank, Albania Poverty Assessment Report No. 26213-AL
- World Bank "Roma and Egyptians in Albania: From Social Exclusion to Social Inclusion", 2005
- Working Paper No. 53; by Hermine De Soto, Sabine Beddies and Ilir Gedeshi, Washington D.C., March 2005
- Europäische Kommission: Albanien, Fortschrittsbericht 2005 (KOM (2005) 561 endg.), 9. November 2005
- World Bank, Decentralization in Transition, Report No.: 27885-ALB, 2004
- European Commission, Country Strategy Paper 2002 – 2006, CARDS Programme
- World Bank, World Bank Country Assistance Strategy 2006-2009, 2006
- European Commission, Stabilization and Association Report 2004
- European Commission, Enlargement Strategy Paper 2005
- UNDP, Albania's Technology Needs Assessment 2005
- INSTAT, Projections of Population 1995 – 2010
- OECD, Enterprise Policy Performance Assessment, Republic of Albania, 2004
- INSTAT, Migration in Albania, 2004
- Albanian Ministry of Economy, Annual Report of the Ministry of Economy, 2004
- Albanian Council of Ministers, Integrated Planning System, 2005
- Umweltprofil ADA, 2005
- AWO Wirtschaftsprofil Albanien, 2005
- WIIW Statistical Data Base, 2006
- World Travel and Tourism Council, The 2005 Travel & Tourism Economic Research, 2005